

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis: 676 13  
Anzeigenpreis: Die 26 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pf.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Linberg, Essen, Straß. 10. Hausmann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum 1, W., Wiemelshauer Straße 38-42

Telefon Nr. 1.300, 1.301, 1.302  
Telegraphen-Adresse Bochum

### Zur Jahreswende.

Sollen wir hier ein Selbstebild auf das vergangene Jahr zwingen, Hoffnungen auf das neue nieder schreiben? Das wäre leicht, aber nutzlos. Erkennen, was ist und daraus die notwendigen Schlüsse für unser künftiges Handeln ziehen, das ist nützlicher als Jammern und Hoffen.

Wie schlimm das vergangene Jahr für Hunderttausende Bergleute und ihre Familien war, braucht hier nicht geschildert werden. Aber warum konnte es so schlimm werden? Warum konnte Profitstreben, planlose Wirtschaft und dumme Politik Hunderttausende arbeitslos machen und Millionen verenden lassen? Weil Millionen Schaffender zu dumm waren, aus ihrer Not die rechte Erkenntnis zu ziehen, zweitens, weil sie es nicht wagten, sich in die Hand zu nehmen. Und wie haben sie es getan? Wie es ihren Klassengegnern lieb war!

Alle Lehren der Vergangenheit scheinen spurlos an diesen Millionen vorübergegangen zu sein: Krieg und Ruhrkrieg und Inflation brachten keinen Volksteil Gewinn über Gewinn, Millionen Elend, und doch brachten diese Millionen nicht soviel Verstand auf, sich die Verwaltung und Regierung zu geben, die dies Profitstreben eindämmen und das Elend mildern konnte. Und heute sind die Profitstreber mächtiger denn je in den letzten Jahren. Um so gefährlicher, da der Kapitalismus sich stets ein moralisches, sittliches Mäntelchen umzuhängen weiß, sein Interesse für das der „Wirtschaft“, sein Wohl für das „Volkswohl“ ausgibt. Und dabei ist sein Charakter immer noch so, wie Karl Marx im „Kapital“ ihn schildert:

„Das Kapital hat ein Grauen der Abwesenheit von Profit oder vor sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird das Kapital lächeln. 10 Prozent sicher und man kann es überall anwenden. 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinem Fuß; 300 Prozent, und es gibt kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

Und, fügen wir hinzu, auch noch bei 300 Prozent wird es dir beweisen, daß es eine dem Volkswohl dienende Kulturmission erfüllt — und es findet immer noch Millionen Dumme, die ihm glauben.

Das Jahresende 1924 ist erfüllt von den Klagen der Unternehmer über hohe Lasten aus den Reparationen, Steuern und sozialen Versicherungen. Zwei Beispiele aus diesen Tagen mögen zeigen, was von diesen Klagen zu halten ist, was das Streben der Kapitalisten dem armen Volke androht.

Die Industriebelastung nach dem Dawesplan ist kürzlich von der Reichsregierung provisorisch geregelt worden. Danach sind von der Industrie für 17,1 Prozent des Betriebsvermögens Obligationen auszustellen, die für 1925/26 mit 2 1/2 Prozent, später mit 5 Prozent zu verzinsen und außerdem von 1926/27 an mit 1 1/2 Prozent zu amortisieren sind. Die Belastung des Gesamtbetriebsvermögens beträgt im ersten Jahr 0,437 Prozent, im zweiten 0,874 Prozent und im dritten Jahr 1,136 Prozent. Das Letztere würde die Dauerbelastung sein. Sie ist aber nicht genau, sondern der Prozentfuß wird sich noch ermäßigen, weil bei näherer Nachprüfung noch viele Betriebe hinzukommen werden, deren Betriebsvermögen 50 000 bzw. 20 000 Mk. erreicht.

Wahrscheinlich wird die Belastung weniger als 1 Prozent betragen. Das ist nicht gleichgültig, aber doch nicht so erdrückend, wie es oft von kapitalistischen Klaffschlechtern hingestellt wird.

Wie gesund sich große Teile der Industrie und der sonstigen „Wirtschaft“ in der Inflationszeit erhalten haben, zeigen die Goldbilanzen. Wie die flüssigen Mittel sich gesteigert haben, beleuchtet die „Rhein-Westf. Zeitung“, wenn sie über den Kapitalmarkt schreibt:

„Das bedeutet, daß in diesem Jahr die Einlagen (Banken, Kreditgenossenschaften und Sparkassen) und damit das ersparte Kapital um ungefähr 2-3 Milliarden sich erhöht haben.“

Vom Preisabbau, lange versprochen, ernsthaft von der Regierung kaum versucht, redet am Jahresluß kein Mensch mehr. Trotz mehrmaliger Umsatzsteuerermäßigung und anderer Steuer-, Frachtermäßigung von Preisabbau keine Rede, all das verschwindet reflexlos in den vielverschlungenen Kanälen unseres kapitalistischen Produktions- und Verteilungsapparats, neue Preiserhöhungen finden sich an. Ehe Lohnerhöhungen für die Bergleute gegeben wurden bezw. sich auswirkten, gab es Preiserhöhungen in der Eisenindustrie und eine Jagd nach Montanpapieren, weil man auf höhere Preise infolge der Bestrebungen auf Verbandsneubildungen hofft. Ein Zentrumsblatt im Westen jagt über diese Bewegung an der Börse, daß sie die höchste Aufmerksamkeit auch der regierenden Kreise verdienen und fährt fort:

„Es ist weiterhin sehr bemerkenswert, daß die produzierenden Werke gegenwärtig außerordentlich zögernd die ihnen erteilten Lieferungsaufräge erfüllen. Diese Zurückhaltung hat ebenfalls ihre Begründung in Hoffnungen, daß die Preise noch weiter anziehen werden. Diese Si-

chkeit nicht die Produktionskraft der verschiedenen Werke ausgenutzt werden kann und immer noch sehr erhebliche Arbeitslosenziffern bestehen. Wenn unter solchen Verhältnissen noch nicht einmal der wirkliche Bedarf befriedigt wird, so erfährt die Volkswirtschaft nach zwei Seiten hin sowohl für die Verbraucher wie für die Produzenten eine empfindliche Schädigung.

Sie ist es Pflicht der berufenen politischen und wirtschaftlichen Kräfte, zeitig nach dem Rechten zu sehen. Wenn es richtig ist, daß gewisse Kreise geradezu darauf spekulieren, daß demnächst für Rechnung des Reparationskontos durch den Reparationsagenten Käufe in Eisen und Stahlprodukten gemacht werden und wenn daraufhin heute schon versucht wird, das Preisniveau zu erhöhen, so ist ein solches Vorgehen nicht anders als frivol. Denn solche Erhöhungen in die wichtigsten Produkte würden notwendigerweise eine allgemeine Erhöhung des Preisniveaus, das ohnehin schon weit über dem Frieden liegt, während die Einkünfte vielfach noch wesentlich unter dem Friedensstande stehen, herbeiführen, und es käme eine solche Aktion auf nichts geringeres als

### 1925

*Mag uns ein Jahr auch Uebles bringen:  
Uns schrecken seine Schrecken nicht.  
Wir schwingen uns mit jungen Schwingen  
Ins neue Jahr, ins neue Licht.*

*Mag uns ein Jahr ein Bollwerk nehmen:  
Wir ruhen nicht in stiller Bucht.  
Ein Sturz kann unsre Kraft nicht lähmen,  
Denn wir verdoppeln ihre Wucht.*

*Mag uns ein Jahr Errungnes rauben:  
Wir holen es mit Zins zurück,  
Denn nichts erschüttert unsern Glauben  
An ein gerechteres Geschick.*

*Mag uns ein Jahr zu Boden schlagen:  
Wir springen federnd wieder auf  
Und sammeln ohne Furcht und Zagen  
Uns zu erneutem Siegeslauf.*

*Mag uns ein Jahr die Tage dunkeln:  
Das Morgenrot ist uns gewiß,  
Denn unsre Siegessterne funkeln  
Auch in der tiefsten Finsternis.*

*Mag uns ein Jahr des Drangs mißglücken:  
Wir meistern Angriff und Gefahr  
Und schreiten über goldne Brücken  
Vom alten in das neue Jahr.*

Victor Kalinowski

auf eine Reparations-Sondersteuer für die breiten Massen hinaus. Gerade diese Tendenzen, die sich in gewissen deutschen Kreisen bemerkbar machen, haben bisher auch schon dazu geführt, daß vom Ausland und namentlich auch für Reparationszwecke Aufträge in Fertigfabrikaten nur noch unter größter Zurückhaltung gegeben werden und daß man sich zunächst nur auf die Lieferung von Rohstoffen, insbesondere Kohlen beschränkt.“

Diese Anklagen eines bürgerlichen Blattes sind bezeichnend. Wir werden im neuen Jahre den bürgerlichen Parteien Gelegenheit geben, zu beweisen, ob sie solcher volksverderbenden Wirtschaft steuern wollen oder nicht. Steuerkämpfe in großem Ausmaß sind für 1925 selbstverständlich, oder soll es weitergehen wie im Oktober, wo 451 Millionen Mark einbehaltender Steuern 235 Millionen Steuern und Abgaben gegenüberstanden, die man als beizubehaltend bezeichnen kann? Lastenverteilung und Sozialreform werden stetige Kämpfe auslösen. Aben ist die Arbeiterkraft nur gewachsen, wenn sie erkennt, wie verhältnismäßig schwach sie im letzten Jahre wurde und wenn sie, jeder an seinem Teile, die beginnende Mitgliedererfarkung durch stete Stärkung der Organisation, des Einflusses der Arbeiterkraft in Betrieb, Wirtschaft und Politik unterstützen.

In diesem Sinne: Glückauf zum neuen Jahre!

### Lohn und Arbeitszeit.

#### Keine Festlegung der Achtstundenschicht durch Arbeitsordnung

Die Rheinpreußenwerke versuchen, in der Arbeitsordnung die Achtstundenschicht festzulegen. Den Betriebsräten wurde eine neugeordnete Arbeitsordnung, in der im § 7 die Schichtzeit für Arbeiter unter Tage

festzulegen, vorgeschrieben, dieselbe zu unterzeichnen. Dieser von der Verwaltung der Rheinpreußenwerke angewandte Trick verfolgte die angestrebte Absicht, durch Änderung des § 7 der Arbeitsordnung die für die Regel vorgesehene Schichtzeit zu verlängern. Das ist durch das Eingreifen des Bergarbeiterverbandes, der seine Funktionäre amts, die Unterschrift zu verweigern, verhindert worden. Wenn das Mehrarbeitsabkommen in der Arbeitsordnung Verächtlung finden soll, kann das nur in einem Anbahn geschehen. Aus dem Anbahn muß deutlich hervorgehen, daß die getroffene Regelung nur für die Zeit des Mehrarbeitsabkommens gilt. Im übrigen regelt sich die Arbeitszeit nach dem jeweils geltenden oder in Erwartung eines solchen nach dem zuletzt gültigen Tarifvertrag. Diese beträgt gemäß Ziffer 1 und 2 des § 2 des Tarifvertrages für Arbeiter unter Tage 7 Stunden und für Arbeiter über Tage 8 Stunden.

Die Annahme, daß zwischen den Tarifkontrahenten eine neue Arbeitsordnung vereinbart sei, wie das aus einem Artikel im „Revolutionären Bergarbeiter“ vom 20. Dezember und dem „Ruhr-Echo“ bei vorgelegt, entbehrt jeder Begründung.

### Der Schiedspruch für den sächsischen Steinkohlenbergbau einstimmig abgelehnt.

Am Freitag, den 19. Dezember, tagte im „Goldenen Becher“ in Zwickau eine Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte des Bergarbeiterverbandes und der am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisationen, die zu dem am 16. Dezember vom Landesfachlicher gefällten Schiedspruch Stellung nahmen. In der regen, aber äußerst sachlichen Aussprache wurde die Stellungnahme der sächsischen Arbeiter und der in Frage kommenden Ministerien in der Lohnsache für die sächsischen Bergarbeiter stark kritisiert.

Einstimmig wurde zum Ausdruck gebracht, alles einzusetzen, um die Organisation kampfbüßig zu gestalten, um das Vorgehen der Arbeitgeber in der Lohn- und Arbeitszeitfrage zur gegebenen Zeit erfolgreich abzuwehren zu können.

Nachstehende Entschliessung wurde angenommen und der Schiedspruch einstimmig abgelehnt:

1. Die Funktionäre und Betriebsräte der verträglichstehenden Arbeitnehmerverbände für den sächsischen Steinkohlenbergbau im Zwickauer Revier haben am 19. Dezember 1924 zu dem Schiedspruch vom 16. Dezember 1924 Stellung genommen.

2. Dieser Schiedspruch ist ein Beweis für das mangelnde Verständnis, das bei den Unternehmern des sächsischen Steinkohlenbergbaues und den Reichs- und Landesbehörden besteht gegenüber den Belangen der im sächsischen Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiterkraft.

3. Schärfster Protest erhebt die Konferenz gegen die sehr erheblichen Spannen in der Entlohnung, die die gegenwärtige Lohngestaltung völlig unübersichtlich macht. Die tarifliche Lohnskala wird nahezu ausgeschaltet. Die Entlohnung wird nach dem autoritären Willen der Unternehmer vollzogen.

4. Geradezu als eine Verhöhnung betrachten die anwesenden Funktionäre und Betriebsräte die Entlohnung der meisten Gruppen im Tagesbetrieb, die bei voller Arbeit einen Wochenlohn in Höhe von 16 bis 19 Mk. erreichen und ihn erhalten haben.

5. Die Konferenz lehnt den Schiedspruch einstimmig ab, fordert ein neues Lohnsystem und beauftragt die verträglichstehenden Arbeiterorganisationen, sofort neue Verhandlungen anzubahnen, damit die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter erfüllt und die Arbeitsfreudigkeit im sächsischen Steinkohlenbergbau erhalten bleibt.

Unter „Gewerkschaftlichem“ entspann sich eine rege Aussprache über tarifwidrige Verwendung von Deputatlohlen.

Kamerad Weber machte auf die Notiz im „Kämpfer“ vom 12. Dez. besonders aufmerksam und warnte die Bergarbeiter im Zwickauer Revier, dem Aufruf, Deputatlohlen zu sammeln, Folge zu leisten. Der § 5 Abs. 1 und 5 des Tarifvertrages für den sächsischen Steinkohlenbergbau beschränkt die Verwendung der Deputate nur auf den eigenen Bedarf des Arbeiters. Zuwiderhandlungen würden Deputatentzuehungen zur Folge haben und außerdem die Kameraden mit dem Strafrichter in Konflikt bringen. Die Bergarbeiter müssen daher den politischen Gefangenen im Sinne des Aufrufes im „Kämpfer“ durch andere Unterstützungen helfen.

Die statutarischen, bisher gestützten Unterstützungen des Verbandes werden bekanntlich mit Wirkung ab 28. 12. 24 zum Teil wieder eingeführt.

### Die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe.

In der Zeit vom 7. bis 13. Dezember haben sich weitere Symptome für eine fortschreitende Besserung der Gesamtlage auf dem Arbeitsmarkt nicht ergeben. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau hat die Zahl der Feierlichkeiten in letzter Zeit abgenommen. Sie betrug in der ersten Dezemberwoche 39 343 Schichten. Trotzdem ist die Arbeitsmarktlage insgesamt nach wie vor recht ungünstig. Hinzu kommt, daß die zurzeit ungelöste Lohnfrage eine gewisse Unsicherheit der Lage geschaffen hat. Bis auf einige wenige Gewerkschafter wird mit der Neueinstellung infolge der Lage zurückgehalten. Osterfeld berichtet über Angestelltenentlassungen in Fortsetzung planmäßigen Abbaues. Verschiedene Arbeitsnachweise berichten von zwischenzeitlichen Vermittlungen, die den örtlichen Arbeitsmarkt nicht wesentlich verbessern. Nach wie vor muß vor planlosem Zugang nach dem Ruhrgebiet gewarnt werden, da im hiesigen Bezirk genügend Arbeitskräfte vorhanden sind.

### Das deutsche Wirtschaftsjahr 1924.

Stabilisierung der Mark. — Wirtschaftskrise. — Geldknappheit. — Preisentwicklung. — Ansbuhr. — Handelsverträge. — Zollpolitik. — Organisation der Industrie. — Staatsbudget. — Lastenverteilung.

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr hat die Stabilisierung der Währung eine schwere Krise heraufbeschworen. Die Einführung der Rentenmark hat die Stabilisierung vorbereitet. Endgültig gesichert wurde sie aber nur durch die Annahme des Londoner Reparationsabkommens, die das Vertrauen in die deutsche Mark befestigte, ausländischen Kredit verschaffte und die Umwandlung der Reichsbank in eine Goldnotenbank ermöglichte. Die Lage des Staatsbudgets war bereits seit Anfang des Jahres günstig. Nur die steigende Passivität der Handelsbilanz infolge wachsender Einfuhrüberschüsse in der ersten Hälfte des Jahres hat die Stabilität der Währung ernstlich gefährdet. Auch drohte im April eine neue Inflation, die durch drastische Kreditbeschränkungen der Reichsbank verhindert wurde. So konnte in diesem Jahre die Mark stabilisiert werden. Diese Tatsache ist von ungeheurer Wichtigkeit. Für die Stabilisierung mußten die schwersten Opfer gebracht werden.



vor allem die Annahme des Reparationsabkommens, die allein eine stabile Währung verbürgen konnte.

Die Wirtschaftskrise selbst war während des Jahres nicht gleichmäßig verläuft. In den ersten Monaten, solange die neuen Rentenmarktkredite in die Wirtschaft flossen, hatte die Produktion von Bedarfsartikeln eine steigende Tendenz; im April zeigten auch die Rohstoffpreise, die Eisen- und Stahlindustrie eine Aufschwung.

Weldknappheit, hohe Preise und geringe Ausfuhr waren die Symptome, durch welche die Staeklerungsstrie zum Ausdruck kam.

Während der Inflationszeit haben sich Industrie und Landwirtschaft in Sachwerte geflüchtet. Als die Rentenmarktkredite Ende März erschöpft waren, fehlte es der Wirtschaft an Betriebsmitteln.

Ungünstiger war dagegen die Entwicklung der Preise. Es gelang nicht, einem der größten Uebel: der Teuerung abzuhelfen, die Preisentwicklung in eine vernünftige Bahn zu lenken.

Für die deutsche Wirtschaft ist die Ausfuhr infolge ihrer Lage zu einem Lebensinteresse geworden. Die Reparationsleistungen können überhaupt nur durch Ausfuhrüberschüsse bezahlt werden.

Für die Zukunft der deutschen Wirtschaft ist die im Laufe dieses Jahres erfolgte Organisation der Industrie von der größten Bedeutung. Als Stinnes im April aus dem Leben schied, war die Inflation vorüber, die von ihm so mächtig geförderte Vertrauenskrise der Industrie nahm aber weiter ihren Lauf.

Rechen auf den Weg der Vertrauenskrise. Das wichtigste Ereignis war aber die Schaffung eines Kartells für den Rohstoff, des Kohlenkartells, vorerst zwischen der deutschen und schweizerischen Schmelzindustrie, ist im Entstehen begriffen.

Ein grundlegendes Ergebnis des abgelaufenen Jahres ist die günstige Lage des Staatshaushalts. In den ersten acht Monaten des laufenden Rechnungsjahres haben die Staatseinnahmen die Ausgaben sowohl des Budgetvorausschlag wesentlich überbissen.

Ein sozialer Ueberblick.

Arbeitslosenversicherung und -unterstützung in den einzelnen Ländern.

Um eine Uebersicht der Regelung der Arbeitslosenfürsorge in den einzelnen Ländern zu erhalten, hat sich der Internationale Gewerkschaftsbund mit der Rundfrage an die angeschlossenen Landeszentralen gewandt.

Belgien: In Belgien gibt es keine staatliche Arbeitslosenversicherung. Diese wird ausschließlich von den Gewerkschaften organisiert.

Dänemark: Die Träger der Arbeitslosenversicherung in Dänemark sind die vom Staate anerkannten Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften.

Deutschland: Deutschland hat keine staatliche Arbeitslosenversicherung. Jedoch muß seit Oktober 1923 der wesentliche Teil der Unterstüzungslosien durch Pflichtbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte getragen werden.

Wie bemerkt, werden die finanziellen Mittel überwiegend durch Pflichtbeiträge aufgebracht. Grundsätzlich trägt die Gemeindeverwaltung ein Neuntel, Arbeitgeber und Arbeitnehmer acht Neuntel der Unterstüzungslosien.

Großbritannien: Es gibt eine Arbeitslosenversicherung. Die Kosten werden zu einem Viertel vom Staate getragen, die Unternehmer zahlen ein wenig mehr als drei Achtel, die Arbeiter ein wenig unter drei Achtel.

Holland: In Holland ist das sogenannte dänische System der Arbeitslosenunterstützung in Anwendung. Die Träger der Arbeitslosenunterstützung sind die vom Staate anerkannten und subventionierten Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften.

Für die ausgesteuerten Mitglieder der Arbeitslosenklassen gelten die lokalen Bestimmungen, denen zufolge der Staat nur an Gemeinden Subventionen zahlt, deren Finanzlage eine sehr schlechte ist.

Italien: Obligatorische Arbeitslosenversicherung, deren Kosten von Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen getragen werden.

Schweden: Es gibt eine Arbeitslosenversicherung. Die Mittel werden durch die Kranken- und Unfallversicherungsorgane in der Höhe von 5 Prozent des Krankheitsversicherungsbetrages aufgebracht.

Letland: Weder Arbeitslosenversicherung noch Unterstützung. Nur in Perioden äußerster Arbeitslosigkeit wird den Arbeitslosen, die schon längere Zeit keine Arbeit finden konnten, eine winzige Unterstützung in Form von Brot, Holz usw. gewährt.

Österreich: Bis zur Behebung des Gebietes durch die Litauer bestand eine Arbeitslosenversicherung; diese kam mit der Behebung in Fortfall.

Polen: Seit 1. September d. J. besteht eine staatliche Arbeitslosenversicherung.

Schweden: Es gibt eine staatliche Arbeitslosenversicherung und der Staat leistet auch keine Zuschüsse an die Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften.

Die Träger der Unterstüzungslosien sind die vom Staate anerkannten und subventionierten Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften. Staat und Gemeinden leisten einen Zuschuß von je 50 Proz., also insgesamt 100 Proz., der von den Mitgliedern eingezahlten Beiträgen.

Schweiz: Die staatliche Versicherung wurde am 1. Juli d. J. aufgehoben. Gegenwärtig ist ein Gesetz in Beratung, das einen Staatszuschuß nach dem Genter System vorsieht.

Spanien: Das staatliche Arbeitsamt gibt einen geringfügigen Zuschuß an einige Gewerkschaften, die futzungsgegemäß ihre Arbeitslosen unterstützen. Eine gesetzliche Regelung gibt es nicht.

Tschechoslowakei: Es besteht eine staatliche Arbeitslosenunterstützung; die finanziellen Mittel werden durch den Staat aufgebracht.

Ungarn: In Ungarn gibt es weder staatliche Arbeitslosenversicherung noch Arbeitslosenunterstützung.

Der Syndikalist Spaniol junior.

Spaniol erzählt in der Zeitung „Für Kurzarbeiter und Erwerbslose“ den Lesern, was für ein tüchtiger Kerl er ist und wie niederträchtig vor dem Knappschaftssenat das Verbandsmitglied Wißmann gehandelt habe.

Am 1. Dezember 1924 fanden zehn Termine vor dem Knappschaftssenat an; u. a. auch die Sache Müller, die Spaniol vertrat. Da diese Sache die achte war und Spaniol vor dem Sitzungssaal des Senats unruhig auf und ab ging, so fragte ihn Wißmann, in welcher Sache er als Vertreter erschienen sei.

Müller: In der Sache Müller! (In der es sich um die Knappschaftspension über 25 Jahre handelte).

Spaniol erklärte darauf, daß es dann ja gar keinen Zweck habe, erst noch zu warten, bis die Sache Müller zur Verhandlung komme, und daß er es überhaupt eilig habe.

Der Senat bescloß dann auch die Vertagung der Sache Müller und der gleichartig gelagerten Fälle, die nach der Hauptversammlung zur Verhandlung kommen sollten.

Dies ist der Sachverhalt. Daß Spaniol erregt darüber ist, daß die Sache Müller vertagt wurde, kann man leicht begreifen, denn er hatte in allen Versammlungen, die er abhielt, schon vorher erzählt, daß die Renten über 25 Jahre gezahlt würden, während sich herausstellte, daß dies nicht der Fall war.

Der Senat bescloß, daß die Sache Müller vertagt wurde, kann man leicht begreifen, denn er hatte in allen Versammlungen, die er abhielt, schon vorher erzählt, daß die Renten über 25 Jahre gezahlt würden, während sich herausstellte, daß dies nicht der Fall war.

Der Senat bescloß, daß die Sache Müller vertagt wurde, kann man leicht begreifen, denn er hatte in allen Versammlungen, die er abhielt, schon vorher erzählt, daß die Renten über 25 Jahre gezahlt würden, während sich herausstellte, daß dies nicht der Fall war.

Spaniol schreit auch, daß Wißmann Schokolade gegessen habe.

Der Senat bescloß, daß die Sache Müller vertagt wurde, kann man leicht begreifen, denn er hatte in allen Versammlungen, die er abhielt, schon vorher erzählt, daß die Renten über 25 Jahre gezahlt würden, während sich herausstellte, daß dies nicht der Fall war.

Die Diktatur über das Proletariat.

Ein offener Brief an Purcell.

Der russische Gewerkschaftsgenosse M. Kesseli, bis Mitte 1920 Sekretär des Moskauer Buchdruckerverbandes, Vorstandsmitglied des Moskauer Buchdruckerverbandes und Mitglied des Bureau des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates, wendet sich in einem Offenen Brief in der „Gewerkschafts-Zeitung“ an Arthur Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Generalrats der englischen Trade-Unions.

Der russische Gewerkschaftsgenosse M. Kesseli, bis Mitte 1920 Sekretär des Moskauer Buchdruckerverbandes, Vorstandsmitglied des Moskauer Buchdruckerverbandes und Mitglied des Bureau des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates, wendet sich in einem Offenen Brief in der „Gewerkschafts-Zeitung“ an Arthur Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Generalrats der englischen Trade-Unions.

Der russische Gewerkschaftsgenosse M. Kesseli, bis Mitte 1920 Sekretär des Moskauer Buchdruckerverbandes, Vorstandsmitglied des Moskauer Buchdruckerverbandes und Mitglied des Bureau des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates, wendet sich in einem Offenen Brief in der „Gewerkschafts-Zeitung“ an Arthur Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Generalrats der englischen Trade-Unions.

Der russische Gewerkschaftsgenosse M. Kesseli, bis Mitte 1920 Sekretär des Moskauer Buchdruckerverbandes, Vorstandsmitglied des Moskauer Buchdruckerverbandes und Mitglied des Bureau des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates, wendet sich in einem Offenen Brief in der „Gewerkschafts-Zeitung“ an Arthur Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Generalrats der englischen Trade-Unions.

Der russische Gewerkschaftsgenosse M. Kesseli, bis Mitte 1920 Sekretär des Moskauer Buchdruckerverbandes, Vorstandsmitglied des Moskauer Buchdruckerverbandes und Mitglied des Bureau des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates, wendet sich in einem Offenen Brief in der „Gewerkschafts-Zeitung“ an Arthur Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Generalrats der englischen Trade-Unions.

Der russische Gewerkschaftsgenosse M. Kesseli, bis Mitte 1920 Sekretär des Moskauer Buchdruckerverbandes, Vorstandsmitglied des Moskauer Buchdruckerverbandes und Mitglied des Bureau des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates, wendet sich in einem Offenen Brief in der „Gewerkschafts-Zeitung“ an Arthur Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Generalrats der englischen Trade-Unions.

Der russische Gewerkschaftsgenosse M. Kesseli, bis Mitte 1920 Sekretär des Moskauer Buchdruckerverbandes, Vorstandsmitglied des Moskauer Buchdruckerverbandes und Mitglied des Bureau des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates, wendet sich in einem Offenen Brief in der „Gewerkschafts-Zeitung“ an Arthur Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Generalrats der englischen Trade-Unions.

Der russische Gewerkschaftsgenosse M. Kesseli, bis Mitte 1920 Sekretär des Moskauer Buchdruckerverbandes, Vorstandsmitglied des Moskauer Buchdruckerverbandes und Mitglied des Bureau des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates, wendet sich in einem Offenen Brief in der „Gewerkschafts-Zeitung“ an Arthur Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Generalrats der englischen Trade-Unions.

Der russische Gewerkschaftsgenosse M. Kesseli, bis Mitte 1920 Sekretär des Moskauer Buchdruckerverbandes, Vorstandsmitglied des Moskauer Buchdruckerverbandes und Mitglied des Bureau des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates, wendet sich in einem Offenen Brief in der „Gewerkschafts-Zeitung“ an Arthur Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Generalrats der englischen Trade-Unions.

Der russische Gewerkschaftsgenosse M. Kesseli, bis Mitte 1920 Sekretär des Moskauer Buchdruckerverbandes, Vorstandsmitglied des Moskauer Buchdruckerverbandes und Mitglied des Bureau des Moskauer Zentralen Gewerkschaftsrates, wendet sich in einem Offenen Brief in der „Gewerkschafts-Zeitung“ an Arthur Purcell, den Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Generalrats der englischen Trade-Unions.



# Von der 1. Beitragswoche 1925 an gelangen im ganzen neue Beitragsmarken zur Ausgabe. Die alten bisher gebräuchlichen Marken müssen mit Ende Dezember sofort an die Bezirksleitungen abgeliefert werden. Um den Ortsverwaltungen, den Bezirkskassen und der Hauptkasse die Umstellung soviel wie möglich zu erleichtern, ersuchen wir alle Mitglieder, die für das Jahr 1924 fälligen Beiträge bis Ende Dezember restlos zu entrichten. — Jede Ortsverwaltung muss durch restlose Einholung der Beiträge bestrebt sein, Restanten zu beseitigen, weil alte Marken dafür über den Jahresschluss hinaus nicht in den Zahlstellen bleiben dürfen. Nachdem durch die Reichskonferenz unseres Verbandes die teilweise Wiederzahlung der Unterstützungen ab 28. Dezember 1924 (erste Beitragswoche 1925) beschlossen hat, liegt es im Interesse eines jeden Mitgliedes, sein Mitgliedsbuch in Ordnung zu bringen, weil statutenmäßig an Restanten Unterstützungen nicht gezahlt werden können.

Restanten zu beseitigen, weil alte Marken dafür über den Jahresschluss hinaus nicht in den Zahlstellen bleiben dürfen. Nachdem durch die Reichskonferenz unseres Verbandes die teilweise Wiederzahlung der Unterstützungen ab 28. Dezember 1924 (erste Beitragswoche 1925) beschlossen hat, liegt es im Interesse eines jeden Mitgliedes, sein Mitgliedsbuch in Ordnung zu bringen, weil statutenmäßig an Restanten Unterstützungen nicht gezahlt werden können.

fängnishaft befreit wurde, würden von der Tscheta im Verwaltungswege — ohne gerichtliche Verhandlung — zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 2 Jahren verurteilt. Dem Gericht übergeben wurden Subatow, Woronin und ich. Die Verhandlung gegen mich wurde bis zu meiner Auffindung aufgeschoben. Gegen alle Verhafteten und Verurteilten wurde die Anklage wegen „Widerstandes gegen die Sowjetgewalt“ erhoben, die insbesondere mit der Einberufung der Versammlung am 20. Mai 1920, an der die englische Delegation teilgenommen hatte, begründet wurde. Die Genossen Subatow und Woronin wurden zur Einsperrung in einem Konzentrationslager bis zum Abschluss des Hingerichteten verurteilt. Genosse Woronin blieb über ein Jahr, Genosse Subatow fast zwei Jahre eingesperrt, dann aber wurden sie bald wieder verhaftet und sind heute, wie alle anderen obengenannten Genossen, soweit die Tscheta ihrer Hafthaft werden konnte, mit Ausnahme des nur befreiten Genossen Tschistow, in der Verbannung.

Wollen Sie, Genosse Purcell, Ihr Augenmerk auf zwei Eigentümlichkeiten richten:  
1. Die Hausdurchsuchung und Verhaftung des Vorstandes der Moskauer Buchdrucker wurde von einem Verbandsmitgliede, dem Buchdrucker Smirnow, geleitet, der nunmehr den Posten des Sekretärs des Zentralrats des Allrussischen Buchdruckerverbandes inne hat. Es wird wohl derselbe Smirnow gewesen sein, der gemeinschaftlich mit Jänen in der Versammlung am 17. November auftrat. Und Vortschewski, der in dieser Versammlung als Führer der Moskauer Buchdrucker sich gebärdete, war Mitglied der Kommission der Tscheta, die die Höhe der Strafen für die im Jahre 1920 verhafteten Mitglieder des Vorstandes und der Betriebsräte bestimmte. Sie ersetzen jetzt die von ihnen in die Gefängnisse deportierten und in die Verbannung gejagten Führer der russischen Buchdrucker.

2. Der im Juni 1920 verhaftete Vorstand des Moskauer Buchdruckerverbandes wurde ein halbes Jahr vorher durch allgemeine Wahlen, gemäß den Traditionen der russischen Buchdrucker, gewählt. Zweck Organisation der Wahlen fand damals eine Vereinbarung mit den Kommunisten statt, laut welcher eine freie Wahlkampagne und freie Wahlversammlungen garantiert wurden. Laut dieser Vereinbarung sollten die Wahlen nach dem System des Proporz und mit gemeinsamer Stimmabgabe vorgenommen werden. Die Wahlen wurden von einer Kommission geleitet, in der die Kommunisten und ihre Gegner in gleicher Anzahl vertreten waren. Die Wahlen ergaben über 7000 Stimmen für uns und circa 2000 Stimmen für die Kommunisten. Das Ergebnis ist um so mehr beachtenswert, als die Kommunisten die gesamte politische und wirtschaftliche Macht in Händen hatten und diesen Umstand trotz der Vereinbarung bei den Wahlen voll und ganz ausgenutzt haben. Durch scharfe, proletarische Wahlen konnten die Kommunisten sich unseres Verbandes nicht bemächtigen, und nachdem sie sich mit Hilfe der Tscheta im Juni 1920 den Moskauer Buchdruckerverband untergeordnet hatten, haben sie sofort die althergebrachte Form der Vorstandsbildung durch allgemeine Wahlen abgeschafft. Auch haben sie in den 4 1/2 Jahren (von 1920 bis Ende 1924) kein einziges Mal eine allgemeine Versammlung der Buchdrucker einberufen, während die Anhänger der Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung nicht weniger als acht allgemeine Versammlungen im Laufe von drei Jahren (von März 1917 bis Mai 1920) abgehalten haben.

Ich will Ihre Aufmerksamkeit, Genosse Purcell, nicht weiter in Anspruch nehmen mit der Schilderung, wie die Kommunisten im Jahre 1918 den unabhängigen Verband der Petrograder Buchdrucker ebenfalls mit Hilfe von bewaffneten Tschetisten erdrückten, und wie sie sich im August 1919 auf demselben Wege der Allrussischen Zentralorganisation der Buchdrucker bemächtigt haben. Ich könnte Ihnen auch noch von der Erbschaft der Buchdruckerverbände in Smolensk, Odesa, Saratow, Samara, Penza, Jelaterinoslaw, Charkow und in einer ganzen Reihe von anderen Städten erzählen.

Als Vorsitzender der Amsterdamer Internationale hatten Sie die Pflicht, den Weg zu finden, um sich mit denjenigen Genossen in Verbindung zu setzen, die den geistigen Kampf für die Aufrechterhaltung dieser Verbände auf der Grundlage der Amsterdamer Internationale führten und ihre Freiheit dafür einbüßten. Es sind ihrer viele, sehr viele; ich will hier nur einige Namen nennen: im weiten Turkestan schmachten in der Verbannung der ehemalige Vorsitzende des Allrussischen Buchdruckerverbandes, Vortschewski, und das ehemalige Vorstandsmitglied des Allrussischen und des Moskauer Buchdruckerverbandes, Romanow; auf den herabgeworfenen Solowjtsch-Inseln befindet sich der ehemalige Vorsitzende des Odesaer Buchdruckerverbandes und des Odesaer Gewerkschaftsrates, Korobkow, mit ihm zusammen das Vorstandsmitglied des Odesaer Buchdruckerverbandes, Keilts. Sie könnten Ihnen so manches über den unerhörten Leidensweg der Buchdruckerverbände in Russland erzählen.

Wenn Sie nur einen Bruchteil davon gewußt hätten, Genosse Purcell, so würden Sie in der Versammlung der Moskauer Buchdrucker am 17. November 1924 sicherlich nicht gesagt haben, was Sie nach dem Bericht der „Pravda“ hier zum Ausdruck brachten, nämlich, daß diese Versammlung den Beweis bildet, daß die Kommunisten im Rechte sind.

In diesem Lichte gesehen, werden Sie, Genosse Purcell, begreifen, wie verlogen und heuchlerisch die Erklärungen der Smirnows, Melitschanskis und Vortschewskis sind, die zu behaupten wagen — wie es am 17. November in Ihrer Gegenwart geschah —, daß die Menschewiken und die Sozialrevolutionäre (so bezeichnen die Kommunisten die Anhänger der Amsterdamer Internationale) weder im Jahre 1920, noch früher oder später, das Recht besäßen, im Namen der Moskauer Buchdrucker zu sprechen. Welches Recht die Kommunisten und welches Recht wir im Jahre 1920 besäßen, haben Sie, Genosse Purcell, mit eigenen Augen gesehen, und auch die Wahlmethoden der Anhänger der Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung einerseits und der Kommunisten andererseits sprechen davon eine überzeugende Sprache. Welches Recht die Kommunisten gegenwärtig und welches sie in der Zukunft besitzen werden — als Vertreter der Arbeiterklasse Russlands im allgemeinen und speziell der Buchdrucker zu sprechen — darüber wird man nur dann entscheiden können, wenn die Demokratie in den Arbeiterorganisationen die Redefreiheit sowie das Versammlungs- und Koalitionsrecht wiederhergestellt und der heutige Zustand aufgehoben wird, wo es nur den Kommunisten möglich ist, öffentlich aufzutreten.

Dieses Schreiben richte ich an Sie aus dem Grunde, weil meine Genossinnen und Genossen als Anhänger des Internationalen Gewerkschaftsbundes der Frage der Befreiung des russischen Proletariats und seiner Organisationen von den Ketten der kommunistischen Diktatur eine große Rolle beizumessen. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe ist es unbedingt notwendig, daß die Führer der internationalen Arbeiterbewegung die volle Wahrheit über das heutige Russland wissen.

## Internationaler Gewerkschaftsbund und Russen.

Auf den Brief des Allrussischen Gewerkschaftskomitees, der zum Zweck der „Einigung“ jüdischen Roten Gewerkschaftsinternationale und I.G.W. einen „Weltarbeiterkongress“ vorschlägt, hat der I.G.W. geantwortet, daß der Russische, der am 5. Februar 1925 zusammentrete, über die Frage zu beschließen habe. Maßgebend für dessen Entscheidungen sind die Direktiven, die der Kongress in Wien für Besprechungen mit den Russen gab.

Der I.G.W. hat sich in seiner letzten Bundesausschusssitzung mit der Russenfrage beschäftigt. Der Bericht sagt darüber: „Er stelle weiter fest, daß die Verhandlungen, die von dem englischen Gewerkschaftssekretär Purcell in letzter Zeit mit der kommunistischen Moskauer Gewerkschaftsinternationale geführt wurden, ohne irgendwelchen Auftrag vom I.G.W. in Amsterdam erfolgt sind, der auch jede Verantwortung für die von Purcell abgegebenen Erklärungen ablehnt. Der I.G.W.-Vorstand wird sich innerhalb des I.G.W. mit aller Entschiedenheit gegen die Veranstaltung des von Moskauer neuerdings vorgeschlagenen sogenannten „Weltarbeiterkongresses“ wenden, da wir nicht geneigt sind, international denselben Einigungs-schwindel mitzumachen, den wir von derselben Seite national bereits zur Genüge kennen gelernt haben.“

In diesem Sinne wird auch der Ausschuss des I.G.W. entscheiden müssen, solange von einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Russland nicht die Rede ist.

### Samuel Gompers †.

Nach dem amerikanischen Gewerkschaftskongress in Mexico ist Samuel Gompers gestorben. Gompers war der eigentliche Organisator der amerikanischen Arbeiterkraft. Er blieb aber ein hochkonservativer Mann, die riesigen Wirtschaftsumwälzungen in Amerika übten keinen Einfluß auf seine politische Auffassung, er war am Ende seines Lebens noch so konservativ wie am Beginn seiner Laufbahn. Er sah seine Lebensaufgabe in der Föhrung einer durch viele Fäden mit der Bourgeoisie verknüpften Arbeiteraristokratie, ungelernete und farbige Arbeiter existierten für ihn als Objekt und Subjekt der Gewerkschaftsbewegung nicht. Bei den Wahlen forderte Gompers zur Unterstützung der beiden bürgerlichen Parteien auf. Er halte die Meinung, daß im Parlament ungefähr 170 Bürgerliche saßen, die für bestimmte Verpflichtungen mit Arbeiterstimmen gewählt waren. Die erbärmliche Sozialpolitik der Vereinigten Staaten ist die Quittung für diese unproletarische Auffassung. Weil er ein Gegner jeder Sozialisierung war, veranlaßte er den Austritt der Amerikaner aus der Amsterdamer Internationale. Bis zuletzt vermochte er eine vielfach angestrebte Änderung der amerikanischen Gewerkschaftspolitik zu hindern. Nach seinem Tode dürfte diese Entwicklung rascher vor sich gehen.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband.

Gemäß des Beschlusses vom letzten Verbandstag ändert der Zentralverband der Bäcker und Konditoren am 1. Januar 1925 seinen Namen in „Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband“ (Denag). Die „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ stellt mit Ende 1924 ihr Erscheinen ein. Dafür erscheint als wichtigstes Organ des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verbandes die „Einigkeit“ mit Beilagen „Frauenrecht“ und „Für Lehrlinge und Jungen“. Außerdem erscheint monatlich eine fachtechnische Zeitschrift „Technik und Wirtschaftswesen“ zum Preise von 50 Pf. pro Heft bei 24 Textseiten.

Der Sitz des Verbandsvorstandes und der Redaktion ist in Hamburg I, Besenbinderhof 37.

Der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband ist nach seinem Statut für alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge in den Bäckereien, Konditoreien, der Sülz-, Back-, Teigwaren-, Kunstbrot- und Marmeladen-Industrie zuständig.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in 221 Tarifverträgen für 69 212 Berufsangehörige geregelt. Der Anschluß aller Berufsangehörigen an ihre wirtschaftliche Interessenerklärung ist ein Gebot der Pflicht!

## Knappschäftliches.

### Vorstand des Reichsknappschäftsvereins.

Dem neuen Vorstände des Reichsknappschäftsvereins gehören von unseren Verbänden folgende Kameraden an:

- Fris Viktor, Gewerkschaftsangehörter, Bochum,
- Peter Meyer, Knappschäftältester, Königsseele,
- Josef Niland, Knappschäftältester, Kahlseid b. Nachen,
- Karl Rödderis, Knappschäftältester, Teufenthal b. Halle,
- Karl Meister, Knappschäftältester, Zaborz-Gindenburg,
- Bernh. Meier, Knappschäftältester, Reinsdorf b. Zwidau,
- Michael Voess, Knappschäftältester, Reinsdorf (Oberbahren).

Die beiden Vertreter der IFA im Vorstände sind: Georg Werner, Verbandsangehörter Berlin und Rudolf Kornelius, Verbandsangehörter, Essen.

### Änderung der Satzung des Reichsknappschäftsvereins.

In der Hauptversammlung des Reichsknappschäftsvereins in Leipzig sind folgende Satzungsänderungen beschlossen worden:

Im § 11 Abs. 2 wird die Zahl „20 000“ durch die Zahl „15 000“ ersetzt.

§ 34, letzter Absatz, hat folgenden Zusatz bekommen: „Das gleiche gilt, falls bei der Wahl kein Bewerber für den Sprengel vorhanden ist.“

Im § 44 ist der erste Satz im Absatz 2, der wie folgt lautet: „Der Bestimmung im Absatz 1 unter 2 haben auch die Arbeitgeber zu entsprechen, die wegen Krankheit arbeitsunfähig waren oder länger als einen Monat gefehlt haben“ gestrichen worden.

Im § 52 Abs. 2 ist der letzte Satz ebenfalls gestrichen.

Im ersten Satz des Abs. 1 des § 55 ist das Wort „Betrag“ in „Jahresbetrag“ umgeändert worden.

Der § 56 hat folgenden Zusatz bekommen: „Die bei Inzuffertreten des A.R.G. laufenden Waisengelddes fallen erst mit dem Ablauf des Monats fort, in welchem die Waise das 18. Lebensjahr vollendet.“

§ 56 letzter Absatz hat ebenfalls einen Zusatz erhalten, der wie folgt lautet: „Ist die Begräbnisbeihilfe höher als das Sterbegeld aus der Krankenversicherung, so ist der Unterschiedsbetrag zu zahlen.“

Im § 67 ist anstelle des § 1270 der § „1271“ gesetzt worden.

Der § 68 hat auch eine Berichtigung erhalten, indem anstelle der Worte „nach § 38“ die Worte „nach § 44“ gesetzt worden sind.

§ 69 erhielt folgenden Zusatz: „Falls der Versicherte nicht während des ganzen Monats beschäftigt gewesen ist, kann der Vorstand eine Teilung des Beitrages zulassen. Der Beitrag für die Pflichtleistungen nach § 28 A.R.G. ist in jedem Falle voll zu zahlen.“

§ 72 der Satzung erhielt folgende Fassung: „Der Vorstand kann beschließen, daß die Feuerungsanlage ganz oder zum Teil von sämtlichen Bezirksknappschäftsvereinen gleichmäßig aufgebracht wird.“

Wird von dieser Ermächtigung länger als ein Jahr Gebrauch gemacht, so bedürfen dieselben der Genehmigung der Hauptversammlung. Außer den benannten Änderungen sind Grenzüberschreitungen zwischen einzelnen Bezirksknappschäftsvereinen vorgenommen worden, die aber unwesentlich sind.

## Aus dem Kreise der Kameraden. Unsere Toten.

Medinghofen. Am 11. Dezember verstarb nach längerem Leiden unser treuer Kamerad Friedrich Schiwy. Er war 28 Jahre Mitglied des Bergarbeiterverbandes. Bis Ende 1919 in Gelsenkirchen als Funktionär und dann in Medinghofen als Arbeiter war er vorbildlich und aufopfernd für den Verband tätig. Wir werden in Ehren seiner gedenken.

Hörsfelde III. Am 27. November starb unser Kamerad Theodor Brych. Er war stets ein treues Mitglied und einer der besten Funktionäre unserer Zählstelle. Er stand stets in vorderster Reihe, wo es galt, den Bergarbeiterverband zu verteidigen und zu schützen. Ehre seinem Andenken!

## Oberbergamtsbezirk Dortmund. Kartoffelverförgung bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. im Jahre 1923.

Zwischen dem Betriebsausschuss der Zeche Fürst Hardenberg bei Dortmund, der G. B.-A.-G. und dem Kartoffelhändler Tepele-Annun war im Juli 1923 ein Vertrag über Kartoffelbelieferung der Belegschaft abgeschlossen worden, nachdem als Preis für die Kartoffeln der jeweilige Großhandelspreis gelten sollte. Die Gelder wurden den Kartoffelbelegern, wie vereinbart, seit Juli 1923 eingekassiert. Zu Beginn des Jahres 1924, als die Mark stabil wurde, traten die Vertreter der G. B.-A.-G. an den Betriebsausschuss heran zwecks Regelung des Preises für die gelieferten Kartoffeln. Es wurde erklärt, daß für den Zentner während der Inflation zwei Schichtlöhne, nach dem 23. 11. 23 pro Zentner ein Schichtlohn verrechnet werden sollte. Die Schichten vor dem 23. 11. 23 wollte die Gesellschaft nur mit 2,03 Mk. bewerten. Der Betriebsausschuss lehnte dieses Angebot ab, da der Preis durch diese Schichtverrechnung ihm zu hoch erschiene. In einer späteren Sitzung erklärten die Vertreter der G. B.-A.-G., daß nun je Zentner 1 1/2 Schichtlöhne berechnet werden. Sie beriefen sich hierbei auf eine Vereinbarung zwischen den Organisationen vom 28. 1. 24. Demnach glaubten sie berechtigt zu sein, diesen Preis zu nehmen. Der Betriebsausschuss lehnte auch dieses Angebot ab mit der Begründung, daß der Preis zu hoch sei und eine Vereinbarung zwischen den Organisationen nicht bestände. Es fanden noch mehrere Betriebsabstimmungen statt, in denen sich der Vertreter auf den Vertrag berief und die Frachtbriefe zur Einsicht verlangte. Auf diesen sollte der jeweilige Großhandelspreis vermerkt sein.

Die Frachtbriefe wurden nicht vorgelegt. Die Kartoffelbeleger beschloßen in einer Belegschaftsversammlung, klagbar gegen die Gesellschaft vorzugehen und beauftragten den Betriebsausschuss, die nötigen Schritte einzuleiten. Die Mittel zur Klage leisteten die Kartoffelbeleger. In erster Instanz (Bergarbeitergericht Dortmund) wurde die Klage, wie zu erwarten war, abgewiesen. Nun ging der Weg zum Amtsgericht und später zum Landgericht. In acht Terminen wurde keine Einigung erzielt. Wiederholt wurde von den Vertretern der G. B.-A.-G. die Behauptung aufgestellt, es bestände eine Vereinbarung zwischen Zecheverband und Bergarbeiterorganisationen über den Preis der Kartoffeln. Beweise dafür konnten aber nicht erbracht werden.

Im neunten Termin wurde folgender Vergleich vom Gericht vorgeschlagen: Der Zentner Kartoffeln kostet 4 Mk. Die Schichten vor dem 23. 11. 23 werden mit 3,50 Mk., nach dem 23. 11. 23 mit 4 Mk. bewertet. Der Betriebsausschuss sowie der Rechtsanwalt Dr. Strauß-Dortmund gingen auf diesen Vorschlag ein, nachdem sich die Beklagte bereit erklärte, sämtliche Kosten des Prozesses zu übernehmen.

Damit hatte der Prozeß nach 10 Monaten ein für die Kameraden erfreuliches Ende genommen. Die Kameraden erhielten im Durchschnitt 12 bis 13 Mk. zurückgezahlt. Auch die anderen Belegschaften der G. B.-A.-G. die Geld für Kartoffeln zurückerhalten haben, verdanken dies der Belegschaft bzw. dem Betriebsrat der Zeche Fürst Hardenberg. Dieser Prozeß hat gezeigt, daß nur Geschlossenheit zum Siege führt, allein konnte keiner einen derartigen Prozeß finanzieren. Deshalb, Kameraden, schließt euch zusammen im Bergarbeiterverband!

## Die Klagen über die Art ärztlicher Behandlung

der Knappschäftsmittglieder mehrten sich. Aus Bortrop klagt ein Bergmann darüber, daß ihm Dr. Rathra auf seine Bitte bei einer Augenentzündung keine Schutzklappe verschrieb, trotzdem er nur einen Kurtschein hatte, also weiter arbeitete und deshalb selbstverständlich einen Schutz vor dem Kohlenstaub für das Auge brauchte. So mußte er sich selbst eine Klappe kaufen. Die Bergleute fragen natürlich mit Recht: Zahlen wir für eine solche Behandlung die hohen Beiträge?

## Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 1. Woche (vom 28. Dezember bis 3. Januar) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Wir geben, wie früher, auch in diesem Jahre ein Inhaltsverzeichnis der „Bergarb.-Ztg.“ heraus. Diejenigen Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder, die ein solches haben wollen, müssen uns dies umgehend mitteilen.

Auf Grund des § 6 des Statuts und des Giesener Beschlusses wurde das Mitglied August Wirbicht (G.-Nr. 1233 180), Zahlstelle Schonnebeck, aus dem Verbands ausgeschlossen.

## Rechtsschutz.

Mühs. Den Mitgliedern der Verwaltungsstelle zur Kenntnis, daß ab Januar 1925 nur noch jeden Donnerstag Rechtsschutz erteilt wird. Der bisherige Spruchtag (Montag) fällt fort. Dafür wird in den obgelegenen Orten Rechtsschutz erteilt. Wann und wo, wird noch mitgeteilt.



Honig
gar rein, erstl. Qualität (kein minderwertiger Auslands-honig) befindet in...

Musikinstrumente
Preisliste 629 umsonst
Edm. Paulus
Markneukirchen 629

Für jeden zugänglich!
Hochverwand in 4 Arten-Dosen:
Prima Molmohs 4,20

'Gute Fee'
Das Non Plus Ultra, das Wunder des XX. Jahrhunderts.
Unstreitig mehr als 60 % der Menschheit leidet dauernd an...



Der beste Zusatz zum Bohnentaffee ist
Kathreiners Malzkaffee. Je mehr man
von

Kathreiners Malzkaffee

zusetzt, um so beförmlicher und billiger
wird das Getränk. Die meisten gehen
dann bald von selbst zum reinen
Kathreiners Malzkaffee über.

Der Gehalt macht's!

Achtung! Preisabbau!
Fahrrad-Bereifung
Wulstdeoken 28 x 1 1/2, prima grau 3,- Mk.

Lungen- u. Asthmaerkrankten
ist unser Kräuter-tee 'Silvano' von hervorragender, vor-
beugender Wirkung.

Neu erschienen!
Bergarbeiter-
Kalender 1925
Preis bei Sammelbestellungen durch
die Zahlstelle 60 Pfg.

Bestellungen sind zu richten an
H. Hansmann & Co.
Bochum, Wiemethauer Str. 42.

Ziel Geld
Sparen tausende Raucher durch direkten Bezug
in meiner Fabrik!
Zenguis:
Herr D. Becker schreibt: 'Teile mit, daß ich jetzt
die 200te Sendung bestellt habe.'

'Vom Tode errettet.'
Lungenleidende! So arbeits Lebensgefährten:
'Ich habe jetzt schon von Ihnen die jeffte Flasche bezogen und
ich muß sagen, der Schnaps-Ehran hat mich noch vom Tode
errettet.'

1 gutes solides Taschenmesser und
1 Kr. Kausel-Ausleier (Zufammen) voll umsonst
erhält jeder gegen Einzahlung dieses Interatenschnittes bei
Angebotiger Bestellung einer Kr. Ich biete an: Größe dt. Herrens-

Feinseifen
Kernseifen und
Seifenpulver
'Famos'
Selbststrängiges
Sauerstoff-Waschmittel
Fordert in eurem Konsumverein nur die
Marke GEG
GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT
DEUTSCHER CONSUMVEREINE
M.B.H., HAMBURG 1, SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

Nur in dieser Verpackung
Schwan im
Blauband
Wir bitten, beim Einkauf von 'Schwan im Blauband' das
farbig illustrierte Familienblatt, die 'Blauband-Woche', gratis zu verlangen.

Frei Haus deli-
kat
9 Pfd. Zister Art 6,50 Mf.
9 Pfd. Holländ. 6,50
9 Pfd. Limburg 6,50

E. Napp, Altona 52.
Billige böhmische
Bettfedern!
1 Kilo ganz gefüllte
Om 3., halbw. 4.,
weisse 5., bessere 6., 7.,
8., 9., 10.,
darmenweisse 8., 10.,
11., 12., 13., 14., 15., 16.

Qualitäts-Betten
von prima holländ. edelst u. gestreift
Bettkörper mit zartweicher, reißfester
Federfüllung.

Sie sparen Geld!
Liefere paarweise zu en gros-Preisen:
la. Damen-Schuhe 36-42 nur Mark 7,-
la. -Stiefel " " " 9,-
la. Herren- " 40-45 " " 10,-
la. Arbeits- " beschl. " " 11,-
la. lang-Tourerstiefel " " " 13,-

Ludwig Hüther,
Pirmasens (Pfalz).
Inserate i. d. Bergarb.-Ztg. bringen Erfolg!

Togal
Tabletten
Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven- und Kopfschmerzen.

Mitbedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefere ich überall hin gegen bequeme Wochenraten von nur Omk. 1,- an

Die echte Walthorius Hiefong
(Destillat) erhalten Sie zu Friedenspreisen in fast allen Apotheken...

Gratis 1 Musikinstrument
Oskarina mit ff. Flüsten-ton bei einer Bestellung.

Wiener Harmonikas
21 Tasten, 8 Bässe Mk. 12,50, in besserer Ausführung Mk. 15,-...

Futterale für Mitglieder
Preis 10 Pfg.
H. HANSMANN & CO., Bochum i. W.

Musikinstrumente
alt. Art.
8 Tage zur Probe
Friz Gottschalk, Köln a. Rh. 34.

Laubsägerer
Kerbschnitt und Holzbrand
Werkzeug, Holz, Verkohr, etc.

Prima Eiderfettkäse
9 Pfd. M. 6,00 franko liefert
Dampf-Käsefabrik, Rendsburg 135.